

# Kurzprotokoll aus der Sitzung vom 05. Mai 2015

## 1. Bürgerfrageviertelstunde

Es waren 10 Zuhörer anwesend. Es wurden keine Fragen an den Gemeinderat bzw. die Gemeindeverwaltung gestellt.

## 2. Breitbandversorgung in Staig – Ergebnispräsentation der Status-Quo-Analyse durch die Fa. GEO DATA GmbH

Herr Burger von der Fa. GEO DATA GmbH erklärte, nachdem er kurz die technischen Unterschiede der verschiedenen Versorgungsformen zu den Nutzern (Leitungsart / Verteilerstationen) ADSL (max. 16 Mbit/s), VDSL ( 50/100 Mbit/s) und FTTP (> 100 Mbit/s) oder auch die Abhängigkeit der Datenmenge von der Leitungslänge erläutert hatte, dass sich das Datenvolumen von IP-basierenden Anwendungen alle 2 Jahre verdoppelt. Besonders wichtig -das haben Umfragen gezeigt- ist das Datenvolumen für den gewerblichen Bereich und spielt so bei der Standortfrage eine wichtige Rolle.

Die Ergebnisse der Status-Quo-Analyse zeigen, dass bei

- der Bandbreite die Versorgung durch die Telekom im gesamten Gemeindegebiet sehr schlecht ist (max. 2 Mbit/s). Bei Gebäuden mit Anschluss an die Kabel-BW sind bis zu 200 Mbit/s möglich. In den Ortsteilen Harthausen und Weinstetten ist ein solcher Anschluss mit jetziger Technik nicht realisierbar.
- LTE -alle 3 Versorger zusammen gesehen- eine flächendeckende Versorgung gewährleistet ist. Hier weist das LTE-Netz der Telekom eine 100 % Abdeckung auf. Dies gilt mit kleinen Ausnahmen auch für das LTE-Netz von Vodafone. Seitens Telefonica O2 gibt es in Kernbereichen der Teilorte Probleme mit der Versorgung.

Durch die erfolgte Entscheidung der Gemeinde Staig Mitglied bei Komm.Pakt.Net. zu werden profitiert sie vom Zusammenschluss mit anderen Kommunen sowohl bei der Organisation zum Ausbau des Breitbandnetzes als auch bei der Finanzierung (Zuschüsse) der notwendigen Maßnahmen. Die nächsten Schritte sind die Erarbeitung einer Mitverlegestrategie, dies bedeutet, dass bei Straßenbauarbeiten auf eine entsprechende Leerrohrplanung zurückgegriffen werden kann, anhand welcher dann bei geöffneten Straßen gleichzeitig die Leitungstrassen für die NGA-Technik mit verlegt werden kann. Des Weiteren wird eine Bedarfsanalyse erstellt. Diese Planungsschritte münden dann bei konkreten Vorhaben in die Antragsstellung für Zuschüsse. Nach deren Bewilligung können dann die einzelnen Maßnahmen nach und nach durchgeführt werden.

## 3. Vereinsförderung – Information, Umfrage Vereine

Die Gemeindeverwaltung berichtete, dass die Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde Staig aus dem Jahr 2001 stammen. Sie wurden seither insgesamt viermal ergänzt bzw. geändert. Die letzte Anpassung stammt aus dem Jahr 2006.

Seit dem haben sich weiter Veränderungen (neue Vereine / Änderungen bei der Überlassung von Gebäuden oder Sportanlagen / Schaffung weitere Räume), ergeben. Auch in den jährlich 2-mal stattfindenden Vereinstreffen mit der Gemeindeverwaltung war die Vereinsförderung -im Besonderen die Erhebung von Hallengebühren- ein Gesprächsthema.

Vorbereitend hat sich daher der Gemeinderat in seiner Klausur im Hirschgund mit dem Thema befasst. Hierzu hatte die Gemeindeverwaltung ausführliche Informationen erarbeitet und vorgestellt:

- Aktuelle Vereinsförderrichtlinien
- Aktuelle Vereinsförderung (u.a. Zahlen der letzten Jahre, Art der Berechnung, etc.)
- Historie der Vereinsförderung in Staig

- Vergleiche mit Nachbargemeinden, sowohl bei der Förderung als auch zu Regelungen beim Unterhalt von Vereinsräumen und Sportanlagen, aber auch mit der Stadt Ulm (Bereich Sportförderung)
- Anteil des Vereinssports an der Gemeindehalle Altheim und der Turnhalle Steinberg
- etc.

Ausführlich wurden auch nochmals die steuerlichen Aspekte aufgrund der bestehenden Entscheidungen, die Gemeindehalle Altheim und die Turnhalle Steinberg als Betriebe gewerbliche Art zu führen, dargestellt. Auch über die Folgen der zum 01.01.2005 hierzu erfolgten Änderungen (Berechnung Vorsteuerabzug) und wie die Gemeinde die damit zusammenhängende Erhöhung der Hallengebühren kompensiert hat, wurde gesprochen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass nach Meinung des Gemeinderats und auch seiner Sicht, die Wichtigkeit der Vereine und Organisationen für die Bürger und die Gemeinde sowie ihre Arbeit für das Gemeinwohl außer Zweifel stehen. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Vereinsmitglieder wurde als herausragendes Merkmal Staiger Bürgersinns gewürdigt.

Ein Gemeinschaftsleben ist in Staig ohne Vereine nicht denkbar. Alle Ortsvereine und Organisationen -unabhängig davon, ob sie lokal oder regional ausgerichtet sind- erfüllen als Bestandteil unserer örtlichen Gemeinschaft wichtige soziokulturelle Aufgaben. Ein lebendiges Vereinsleben fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl, erweitert das Freizeitangebot und trägt zu einer großen gesellschaftlichen Bereicherung bei.

Um ein reges Vereinsleben auch weiterhin zu gewährleisten und zu stärken, ist aus der Sicht des Gemeinderats im Hinblick auf die ständig steigenden Anforderungen an die Vereine neben deren Selbstfinanzierung durch Beiträge und Veranstaltungen eine adäquate finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde notwendig.

Anschließend stimmte der Gemeinderat der von der Gemeindeverwaltung aufgrund der Anregungen in der Klausur zur Vorbereitung der weiteren Beratung erarbeiteten Umfrage (Fragebogen) an die Vereine und Organisationen zu.

#### **4. Finanzen - Bekanntgabe Haushaltserlass 2015**

Dem Gemeinderat wurde der Haushaltserlass des Landratsamts Alb-Donau-Kreis vom 25.03.2015 bekanntgegeben.

#### **5. Transatlantische Freihandelsabkommen – Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge**

Der Vorsitzende berichtete, dass die geplanten Freihandelsverträge der EU mit den USA und Kanada auch auf kommunaler Ebene zunehmend auf Widerstand stoßen. Allein in Deutschland haben inzwischen 200 Städte, Gemeinden und Landkreise kritische Stellungnahmen zu TTIP, CETA und dem Dienstleistungsabkommen TiSA verabschiedet – darunter elf Landeshauptstädte sowie die Millionenstadt Köln. Sie befürchten eine massive Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. In vielen Kommunen wurden die kritischen Beschlüsse fraktionsübergreifend und mit breiter Mehrheit gefasst.

Die geplanten Handelsabkommen hätten fatale Auswirkungen auf das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen.

Landkreise, Städte und Gemeinden erbringen einen wesentlichen Teil der öffentlichen Dienstleistungen in Deutschland, sei es in der Jugendarbeit, in der Bildung oder bei der Versorgung mit sauberem Trinkwasser. In den vergangenen 20 Jahren haben Konzerne immer wieder versucht, möglichst viele dieser kommunalen Dienstleistungen zu privatisieren.

Mit TTIP, CETA und TiSA sollen Kommunen gezwungen werden, den Markt für öffentliche Dienstleistungen zu öffnen.

Wenn die Abkommen Rechtskraft erlangen, droht eine neue Privatisierungswelle in den Kommunen – ungeachtet dessen, ob es sich um soziale Dienste, Jugendarbeit oder Bildungsangebote handelt.

Rekommunalisierungen werden dann kaum noch möglich sein. Der ebenfalls in den Handelsabkommen festgeschriebene Investorenschutz würde eine weitere Einschränkung kommunaler Handlungsspielräume bedeuten. So könnte ein Investor sogar Schadensersatz fordern, wenn er seine Gewinnerwartungen beispielsweise durch verschärfte Umweltauflagen der Kommune oder Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung eingeschränkt sieht.

Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen begleiten konstruktiv die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und weitere Freihandelsabkommen. Sie unterstützen das mit den Abkommen verfolgte Ziel, durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu befördern.

Freihandelsabkommen bergen jedoch auch erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden.

Beeinträchtigungen dieser, für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen durch Freihandelsabkommen müssen ausgeschlossen werden.

Anschließend legte der Gemeinderat einstimmig fest:

- Der Gemeinderat der Gemeinde Staig setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik ein und unterstützt das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Darin wird insbesondere darauf verwiesen, dass negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, z.B. bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der Gestaltung der regionalen Energieversorgung, dem kommunalen Umweltschutz, der Förderung und Unterstützung der Kultur, der Erwachsenenbildung wie auch der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, das Krankenhauswesen, der Personennahverkehr etc. von den Bestimmungen ausgenommen werden.
- Bisher geltende europäische Umwelt- und Sicherheitsstandards sollten durch diese Abkommen nicht umgangen werden.
- Der Gemeinderat begrüßt deshalb ausdrücklich die Beschlüsse der kommunalen Spitzenverbände und schließt sich den darin gestellten Erwartungen und Forderungen an.

## 6. Bausachen

Es wurden 4 Baugesuche behandelt.

## 7. Sonstiges, Bekanntgaben

Der Gemeinderat behandelte den vom BUND Ortsgruppe Staig -vertreten durch Herrn Schumann- geäußerten Wunsch anstelle der im Zusammenhang mit der Bepflanzung des Radwegs Steinberg – Weinstetten in der Grünfläche bei den Containern in Staig bereits gesetzten Kastanie eine Winterlinde zu pflanzen. Nach einer Diskussion über die seitens des BUND vorgebrachten Argumente gegen eine Kastanie war sich der Gemeinderat einig, die Kastanie als künftigen stattlichen Baum am Ortseingang zu belassen. Dadurch soll auch optisch der zu befürchtende Ausfall der Esche (Eschetriebsterben) kompensiert werden. Darüber hinaus wurde eine größere Zahl von Winterlinden ja bereits entlang der Harthäuser Straße gepflanzt.

Die nächste öffentliche Sitzung findet voraussichtlich am 19.05.2015 statt.